

Liebe Leserinnen und Leser,

Ein politischer Schwerpunkt der CDU-geführten Mehrheitskoalition besteht darin, im Bereich von Bildung und Betreuung Akzente zu setzen. Bereits mit der neuen Ratsperiode ab 2019 starteten daher die Planungen zu den Neubauten Albert-Weisgerber-Schule, Südschule und (bereits vor 2019) der Ludwigschule. Der von der Bundesregierung im Jahre 2021 beschlossene Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung im Grundschulbereich soll ab 2026 greifen: ab diesem Zeitpunkt müssen die Kommunen entsprechende Betreuungskapazitäten bereitstellen.

In St. Ingbert werden die geforderten Betreuungskapazitäten rechtzeitig vorhanden sein. Während die Sanierung sowie die geplanten Neubauten an der Ludwigsschule bereits laufen, fanden vor kurzem Spatenstiche für die jeweiligen Neubauten an den beiden anderen Grundschulen statt. Diese vorausschauenden Planungen werden St. Ingbert zum Nutzen vieler Familien in eine Vorreiterrolle im Saarland bringen. Unser Dank gilt der in der Verwaltung dafür verantwortlichen Beigeordneten, unserem Fraktionsmitglied Bürgermeisterin Nadine Backes, sowie den zuständigen Abteilungen der Verwaltung für die hervorragende Umsetzung dieses politischen Schwerpunktes der Koalition in den letzten Jahren.

Während St. Ingbert seine Hausaufgaben gemacht hat, lagen die Verantwortlichen der SPD-geführten Bundes- und Landesregierung jahrelang offenbar im Tiefschlaf. Wie anders ist es zu erklären, dass die Richtlinien der bereits 2021 beschlossenen Fördertöpfe nach einer Beratungszeit von unglaublichen drei Jahren erst vor wenigen Wochen finalisiert wurden, während in St. Ingbert die entsprechenden Projekte bereits bis zur Umsetzung vorbereitet wurden? Unsere Fraktion begrüßt die Förderung der Baumaßnahmen durch Bund und Land, kritisiert aber massiv die Höhe der im Raum stehenden Fördersummen als vollkommen unzureichend.

Allerdings kann es sich bei der Höhe der Fördersummen nur um einen schlechten Scherz handeln: bei einem geschätzten Investitionsvolumen in St. Ingbert von über 50 Millionen Euro beläuft sich die aktuell zugesagte Förderung von Bund und Land auf knapp vier Millionen Euro und damit gerade einmal 8% der Gesamtkosten; die restlichen Summe muss St. Ingbert

Die CDU-Stadtratsfraktion in St. Ingbert setzt sich für das Wohl der Bürger vor Ort ein und möchte Sie mit diesem Newsletter regelmäßig über aktuelle Themen informieren.

Gemeinsam mit dem St. Ingberter Oberbürgermeister, Dr. Ulli Meyer, wollen wir das Leben in St. Ingbert Tag für Tag verbessern.

Sollten Sie Anregungen, Anliegen oder anderes haben, zögern Sie nicht, sich an uns zu wenden:

fraktion@cdu-igb.de

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Frank Breinig
Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion St. Ingbert:

<https://www.facebook.com/CDUstadtratsfraktionSt.Ingbert>

www.cdu-igb.de

über einen Nachtragshaushalt selbst finanzieren. Dass die SPD-Fraktion im Stadtrat, die SPD-geführte Landesregierung sowie die zuständigen Ministerien hier von „einem großen Wurf sprechen“ und sich, gerade hier in St. Ingbert, feiern lassen, ist vollkommen absurd und zeigt ein weiteres Mal das fehlende Verständnis der Verantwortlichen für die kommunale Realität. Wir erwarten von der Landesregierung, sich für weitere Fördermittel mindestens im Bereich von 75% der Gesamtinvestitionskosten, insgesamt also mindestens 37,5 Millionen Euro, einzusetzen. Dem Grundsatz des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt“) würde dann wenigstens annähernd Rechnung getragen. Ansonsten bleibt die im Vorfeld der anstehenden Kommunalwahlunter großem öffentlichem Tamtam zugesagte Fördersumme nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Liebe Leserinnen und Leser, auch in weiteren Bereichen wurden in der letzten Stadtratssitzung wieder wichtige Entscheidungen getroffen; eine Auswahl finden Sie wie immer in diesem Newsletter.

Ihr,

Frank Breinig

Wohnbebauung geht voran

Der Stadtrat von St. Ingbert hat beschlossen, einen neuen Bebauungsplan für das "Quartier im Stegbruch" aufzustellen. Dieser Plan wurde am 06.07.2023 bekannt gemacht. Ziel ist es, Wohnraum zu schaffen und den bestehenden Siedlungsbereich zu erweitern. Die Öffentlichkeit und andere Interessensgruppen hatten die Möglichkeit, sich zu äußern und Einwände zu erheben. Es gab jedoch keine Einwände während dieser Zeit. Nachdem alle Stellungnahmen berücksichtigt wurden, hat die Stadtverwaltung festgestellt, dass der Plan umgesetzt werden kann. Auch weitere Bebauungspläne, wie zum Beispiel für die Austraße, wurden beschlossen. Es wird erwartet, dass die Baugenehmigung für das Projekt „Altes Hallenbad“ in Kürze erteilt wird. Alles in allem zeigt dies, dass St. Ingbert weiterhin aktiv daran arbeitet, neuen Wohnraum zu schaffen und die Stadtentwicklung voranzutreiben.



Neuer Standort Feuerwehrgerätehaus Oberwürzbach ist beschlossen

Der Stadtrat hat beschlossen, einem neuen Feuerwehrgerätehaus im Bereich "Kesselwald 4. Ahnung / Ommersheimer Straße" zuzustimmen. Ursprünglich war geplant, das Gerätehaus im Bereich "Im Hirschentäl" zu errichten. Doch aufgrund erheblicher Kostensteigerungen und ökologischer Bedenken wurden alternative Standorte geprüft. Nach intensiver Prüfung hat sich der Standort "Kesselwald 4. Ahnung / Ommersheimer Straße" als kostengünstigste und städtebaulich beste Option erwiesen.



Die Feuerwehr unterstützt ebenfalls diesen Standort. Zusätzlich zur Errichtung des Gerätehauses ist auch die Schaffung eines Wohnbaugebiets in diesem Bereich geplant. Die Grundstücksverhandlungen mit den Eigentümern verlaufen erfolgreich, und die entsprechenden Notartermine sind für April geplant. Für den Erwerb der Grundstücke im Bereich "Kesselwald 4. Ahnung / Ommersheimer Straße" werden Mittel in Höhe von 191.000 Euro umgewidmet. Diese Mittel stammen ursprünglich aus dem Budget für den Bau des Feuerwehrgerätehauses

und werden nun für den Grundstückserwerb verwendet. Die umgewidmeten Mittel werden im nächsten Haushaltsplan erneut eingestellt.

Mit diesem Beschluss wird der Standort "Kesselwald 4. Ahnung / Ommersheimer Straße" offiziell für das neue Feuerwehrgerätehaus bestätigt, und es wird ein neues Bauleitplanverfahren eingeleitet.

Kitabeiträge werden günstiger

Das Saarland plant, Kindertagesstätten für Eltern kostenfrei zu machen. Das bedeutet, dass Eltern weniger oder gar nichts mehr für die Betreuung ihrer Kinder zahlen müssen. Die Regierung erhält Geld vom Bund, um die Beiträge der Eltern zu senken. Die Berechnung der Beiträge basiert auf bestimmten Gesetzen. Zum Beispiel dürfen die Elternbeiträge die Personalkosten für die Betreuung nicht überschreiten. Ab dem Jahr 2023 sollen die Eltern höchstens 10 % der Personalkosten zahlen, ab 2024 höchstens 7,5 %, ab 2025 höchstens 5 % und ab 2026 höchstens 2,5 %. Danach müssen die Eltern gar nichts mehr bezahlen. Die Beiträge hängen auch davon ab, wie lange und wie intensiv die Kinder betreut werden. Es werden auch unterschiedliche Beiträge für verschiedene Betreuungsangebote erhoben. Die Senkung der Kitabeiträge soll es Eltern einfacher machen, ihre Kinder in die Betreuung zu geben.



Ärztmangel in und um St. Ingbert

Bürgerinnen und Bürger sprechen uns zunehmend häufiger wegen Problemen bei der ärztlichen Versorgung an, besonders bei Kinderärzten. So gibt es in St. Ingbert aktuell nur einen Kinderarzt für die gesamte Stadtbevölkerung, was zu langen Wartezeiten führt. Die CDU in St. Ingbert sucht nach Lösungen für dieses Problem. In Rohrbach beispielsweise hat der CDU-Ortsverband bereits gehandelt und mit potenziellen neuen Ärztinnen Kontakt aufgenommen, die Interesse an der Eröffnung einer Praxis in Rohrbach haben. Die CDU fordert die verantwortlichen Akteure auf, hier für Abhilfe zu sorgen. Sich auf eine





rechnerische Kenngröße zu beziehen und auf deren Basis von einer "ausreichenden Versorgung" zu sprechen, widerspricht der alltäglichen Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger.

Bildungsoffensive in St. Ingbert: Bau neuer Betreuungseinrichtungen an Grundschulen gestärkt

In St. Ingbert wurde der Bau neuer Betreuungsgebäude an Grundschulen mit einem symbolischen Spatenstich eingeleitet. Die Stadt investiert insgesamt 50 Millionen Euro in die Schaffung moderner Betreuungseinrichtungen, um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden. Diese Investitionen sollen den derzeit über 500 Schülern großzügige und ansprechende Räumlichkeiten bieten.

Trotz der Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie verlief die Planung und Umsetzung der Bauprojekte zügig. Dies ist dem engagierten Einsatz der Bürgermeisterin zu verdanken, die sich für die Realisierung der Projekte einsetzte. Die neuen Betreuungsgebäude werden nach modernsten Standards errichtet und versprechen eine optimale Lernumgebung für die Kinder.

Die Stadt hat bereits Maßnahmen eingeleitet, um den gesetzlichen Anspruch auf Ganztagesbetreuung bis zum Schuljahr 2026/2027 zu erfüllen. Die Investitionen umfassen den Bau neuer Freiwilliger Ganztagschulen (FGTS) an der Albert-Weisgerber-Schule und der Südschule sowie die Sanierung der Ludwigschule. Die Unterstützung des Landes in Höhe von etwa 4 Millionen Euro trägt dazu bei, diese Projekte zu realisieren. Um den Bau weiter voranzutreiben, werden zusätzliche finanzielle Mittel in den Haushaltsplan aufgenommen, die von der Kommunalaufsichtsbehörde genehmigt werden müssen.

Die Einweihung dieser neuen Betreuungseinrichtungen wird zweifellos einen positiven Einfluss auf die Bildungslandschaft der Stadt haben.





Erfassung von Leerständen in St. Ingbert

Die jährliche Erfassung von leerstehenden Wohngebäuden in St. Ingbert ergab am 31. Dezember 2023 insgesamt 455 leerstehende Objekte, was einer Leerstandsquote von 3,6 % entspricht. Die Verteilung auf die Stadtteile zeigt unterschiedliche Leerstandsquoten, wobei Rohrbach mit 79 leerstehenden Gebäuden eine Quote von 3,5 % aufweist.

Es ist schwierig, tatsächlich leerstehende Gebäude festzustellen, da An- und Abmeldungen beim Einwohnermeldeamt oft ungenau sind. Die Leerstandsquote liegt jedoch im normalen Bereich, und es besteht kein akuter Handlungsbedarf. Potenzielle Leerstände könnten jedoch zukünftig auftreten, insbesondere in Stadtteilen mit einem höheren Anteil älterer Bewohner über 70 Jahren. Insgesamt sind 16 % aller Wohngebäude von Personen bewohnt, die über 70 Jahre alt sind, wobei Rohrbach einen Anteil von 15,6 % aufweist.



Kahlenberghütte soll bald eröffnen

Die CDU Rohrbach möchte die Kahlenberghütte schnell wieder beleben, nachdem sie nun im Besitz der Stadt St. Ingbert ist und der vorherige Pächter ausgezogen ist. Sie wollen einen neuen Pächter finden, damit die Hütte wieder ein beliebter Treffpunkt für Familien, Wanderer und Naturfreunde wird. Es gab bereits mehrere Interessenten, und nun ist es an der Zeit, die Hütte wieder zu öffnen und ihr altes Leben einzuhauchen. Die CDU Rohrbach ruft alle Bürgerinnen und Bürger sowie mögliche Interessenten dazu auf, sich zu beteiligen und dieses besondere Erbe zu bewahren. Sie drängen darauf, dass die Verwaltung schnell handelt, damit die Kahlenberghütte zeitnah wieder öffnen kann.



CDU



Am Markt 12
66386 St. Ingbert



fraktion@cdu-igb.de

Impressum:

Verantwortlicher für diesen Newsletter:

V.i.S.P.:

**CDU-Stadtratsfraktion St. Ingbert vertreten durch den
Fraktionsvorsitzenden Dr. Frank Breinig**

Am Markt 12, 66386 St. Ingbert

fraktion@cdu-igb.de

Da. Für Euch. Für St. Ingbert.